

## **Grundsatzdebatte zum Haushaltsplan-Entwurf am 24. Februar 2011**

*Rainer Buck*

Sehr geehrte Frau Bosch,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

selten war eine Haushaltsberatung so unspektakulär und vergleichsweise unaufgeregt wie in diesem Jahr. Dies hat vor allem zwei Gründe. Zum einen war die Haushaltslage ab Herbst 2010 erheblich besser als dies noch vor wenigen Monaten befürchtet und auch prognostiziert wurde. Die November-Steuerschätzung hat ergeben, dass die Stadt Reutlingen nicht nur keine weiteren Mindereinnahmen zu verzeichnen hat, sondern sogar Mehreinnahmen im Vergleich zur bisherigen Annahme. Deswegen konnten die schlimmsten Einschnitte vermieden werden. Außerdem spielte gewiss eine Rolle, dass die Haushaltsberatungen mit der Zeit des OB-Wahlkampfes zusammenfielen. Dass die amtierende Oberbürgermeisterin sich möglichst wenig Konfliktherde aufstellen und anzünden wollte ist sowohl menschlich verständlich als auch politisch nachvollziehbar. Natürlich wäre diese Vorgehensweise bei einer katastrophalen Finanzlage nicht unbeschränkt möglich gewesen, in Verbindung mit dem ersten Grund ergaben sich hier jedoch gewisse Spielräume. Passend auch, dass die gravierendsten Streichungen des Nachtragshaushalts 2010 wieder etwas ins Lot gebracht werden mussten und konnten, etwa die – reduzierte – Sonntagsreinigung durch die TBR.

Dennoch gibt es Gründe dafür, dass die haushaltspolitischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir von den Grünen und Unabhängigen haben davon gesprochen, dass der Haushaltsplan zwei Gesichter hat. Die überraschenden Mehreinnahmen seit November 2010 auf der einen Seite, die strukturell unbefriedigende Situation des Haushaltes mit negativer Zuführungsrate und hohem Schuldenstand auf der anderen Seite. Die recht positive Entwicklung der Einnahmen wurde vom Kämmerer mit einer Mischung aus durchaus überzeugender Argumentation und pragmatischer Buchungstechnik niedrig gerechnet. Streckenweise musste der Gemeinderat nach seinen Ausführungen bisweilen fast den Eindruck bekommen, dass es gar nicht wünschenswert sei, mehr Gewerbesteuer einzunehmen, weil dies in Folgejahren eine die Stadt schier erdrückende Folgelast mit sich bringe. Für einen Kämmerer ist dies eine durchaus kluge und verständliche Vorgehensweise, gleichwohl sind diese Aspekte in einer Gesamtbeurteilung des Haushaltsplans durch unsere Fraktion zu berücksichtigen. Und diese führt dazu, dass alle von uns gestellten Anträge keine unüberwindliche Finanzierungshürde darstellen. Die Summen bewegen sich in einem Korridor, der zu den üblichen Abweichungen im Haushaltsvollzug gehört. An der Finanzierung scheitern unsere Anträge nicht.

Dies trifft auch auf den Antrag zum Ausbau der Kinderbetreuung zu. Wir wollten einen Ausgleich finden zwischen der Anerkennung der schwierigen Finanzlage und der Überzeugung, dass die Ergebnisse des KELEG – Prozesses auch umgesetzt werden müssen. Deswegen soll als erster Schritt die Einstellung von zwei Springerkräften erfolgen. Und dies trifft auf die Unterstützung des Kulturzentrums franz.k zu, das sich in Reutlingen sehr gut positioniert hat und einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der

**Lebensqualität leistet. Wir sind froh, dass nun aller Voraussicht nach ein Zuschuss von 20 000 € möglich wird.**

**Wie ist nun der Haushaltsplan insgesamt vor dem beschriebenen Hintergrund einzuschätzen?**

**Es sind durchaus im Vergleich zu früheren Zeiten Fortschritte zu verzeichnen, die wir anerkennen. Dies gilt für den sozialen Bereich, in dem sich in den letzten Jahren sehr viel in der Kinderbetreuung zum Positiven hin entwickelt hat, wenn dies auch zum größten Teil gesetzlich vorgeschrieben war und wir bisweilen mehr für erforderlich gehalten haben. Auch in der Altenhilfe tut sich manch Sinnvolles, das Schülermittagessen war trotz mancher nicht letztendlich geklärter Fragen ein Beitrag zu einer sozialeren Stadt, unsere Forderung nach einem Armutsbericht mündete zunächst in einen viel beachteten und anerkannten Bericht über die Lebenslage Alleinerziehender. Dies gilt auch für den ökologischen Bereich, für den wir anerkennen, dass unsere Idee, die Stadt mit Ökostrom zu versorgen in den vergangenen Jahren aufgegriffen wurde. Und es gilt auch für die Erstellung einer Klimaschutzkonzeption, die nun unter Berücksichtigung von Vorschlägen unsererseits – wenn auch spät – in Auftrag gegeben wurde. Es gilt auch für die Wirtschaftsförderung, der wir Respekt zollen, wenn uns auch die etwas einseitige Ausrichtung auf den Bereich der Biotechnologie nicht gefällt. Viele kleine Existenzgründer aus Handwerk und Handel und anderen Dienstleistungen brauchen mindestens genauso viel Unterstützung wie die boomende Branche der Biotechnologie.**

**Den genannten positiven Entwicklungen stehen leider zahlreiche Hemmnisse im Weg. Im sozialen Bereich stellt die Stadtverwaltung kein gutes Vorbild dar, wenn die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse immer mehr zunimmt. Wenn schon der öffentliche Dienst auf dieses sehr problematische Instrument zurückgreift, braucht man sich nicht zu wundern, wenn es in der Konkurrenzwirtschaft nicht anders zugeht. In einer beeindruckenden Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird als Befürchtung über prekäre Arbeitsverhältnisse genannt, „dass sich qualitative Arbeitsansprüche in Betrieben und Verwaltungen kaum noch Geltung verschaffen können.“ Genaue Quelle und Belegstelle werden bei Bedarf gerne genannt.**

**Besonders viel Nachholbedarf sehen wir im Bereich der Ökologie. Nur langsam nimmt die Bedeutung dieses Zukunftsthemas zu. Der etwas unbekannte Aspekt Flächenverbrauch ist für viele noch nicht wirklich ins Bewusstsein gerückt, obwohl in Baden-Württemberg immer noch sieben Hektar (2009), das sind sieben Fußballfelder, pro Tag der Natur entzogen werden, in einem Jahr so viel wie das Stadtgebiet von Böblingen. Wörter wie „Streuobstwiesen“ werden zu häufig noch als Begriffe für Spezialisten, Hobbygärtner und Romantiker angesehen und nicht als Kriterium für eine nachhaltige Siedlungspolitik und Stadtentwicklung. Ein besonderes „Sorgenkind“ ist nach unserer Auffassung der ÖPNV. Leider hat bislang der Busverkehr in Reutlingen nicht die Bedeutung gefunden, die einer Großstadt angemessen ist. Linienführung und Taktverkehr lassen zu wünschen übrig. Obwohl schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten thematisiert, ist es in Reutlingen offenbar nicht möglich, einen Anschluss an den Zugverkehr der Deutschen Bahn herzustellen. Wie viele**

**Menschen erzählen, dass sie selbst bei pünktlicher Ankunft des Zuges ihren Bus gerade noch von hinten sehen?**

**Dies alles wird noch gravierender, wenn das Verhältnis zum Straßenbau in die Betrachtung miteinbezogen wird. Zugegeben, der Zustand mancher Straßen ist beklagenswert. Aber plötzlich ist es ganz leicht, hierfür eine halbe Million Euro locker zu machen. Dieses Beispiel zeigt, dass in der Verkehrspolitik die Schwerpunkte zu einseitig gesetzt sind. Dieses zu ändern bedarf es natürlich nicht nur der Finanzen. Mobilität ist in unserer Gesellschaft wichtig, teils ist sie erzwungen, aber auch für freiwillige Mobilität sollten in einer freiheitlichen Gesellschaft Angebote vorhanden sein. Angesichts der ökologischen Herausforderungen muss dazu der ÖPNV attraktiver, der Autoverkehr unattraktiver gemacht werden. Nicht wie bisweilen unterstellt, wegen der Gängelung der Menschen, sondern damit wir eine bessere Lebensqualität für die Menschen in der Stadt erreichen. Am Ende werden alle davon profitieren. Um dies zu erreichen, ist eine konsequente Parkraumbewirtschaftung ein wichtiger Baustein. Wir bedauern, dass im Moment nur eine abgeschwächte Version durchgesetzt werden kann. Für eine ökologische Verkehrspolitik ist dies kontraproduktiv.**

**Ein weiterer Punkt, der bei uns unangenehm aufgefallen ist. Der Zuschuss für die Stadthalle wird nicht aus den „Stadthallen-Rücklagen“ finanziert, sondern aus dem „normalen“ Haushalt. 450 000 € für 2011 und 845 000 € für 2012. Ob diese Vorgehensweise früher jedem bewusst war, weiß ich nicht. Dieses Geld fehlt auf jeden Fall an anderer Stelle. Unabhängig von der Position zur Stadthalle spielt auch in diesem Zusammenhang das Ungleichgewicht der Kulturkonzeption eine Rolle. Wir müssen insgesamt schauen, dass der viel beschworene Kulturkonsens in der Stadt nicht geopfert wird.**

**Als weiteren wichtigen kritischen Punkt sehen wir die häufig mangelhafte Bürgerbeteiligung. Dazu habe ich mich in meinem Beitrag am 18. Januar ausführlich geäußert.**

**Nun zur Abwägung: Welche Konsequenzen haben diese Betrachtungen für unser Abstimmungsverhalten? Sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite der Waage haben wir nun also allerlei Gewicht. Welche Seite geht aber nach unten und entscheidet demnach, wie wir über den Haushalt abstimmen? Diese Frage wird von den Mitgliedern unserer Fraktion unterschiedlich beantwortet. Teilweise werden wir mit ja, teilweise mit nein stimmen. Dies bedeutet keine unterschiedliche Positionierung, sondern eine unterschiedliche Gewichtung der dargestellten Sachverhalte, die Abwägung führt zu einem unterschiedlichen Ergebnis. Der Befund ist einheitlich. Einig sind wir uns darüber, dass auch in der Zukunft in Reutlingen ein verstärkter Einsatz neben dem für ökonomische Sicherheit auch für soziale Gerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht erforderlich ist. Wie auch schon am 18. Januar zum Schluss dazu noch einmal ein Gedanke des Herzogs von La Rochefoucauld aus seinen Maximen und Reflexionen: „Es gibt wenig an sich unmögliche Dinge, und es fehlt uns weniger an Mitteln zu ihrer Verwirklichung als an Ausdauer.“**

**In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.**